

DR Kongo: Ein Land kommt nicht zur Ruhe

POLITISCHE KRISE DAUERT AN, SCHWERE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Politische Berichte über die Demokratische Republik Kongo handeln zumeist über grausame Konflikte, Menschenrechtsverletzungen sowie Leid und Elend einer immer ärmer werdenden Bevölkerung. Der vorliegende Bericht stellt hierbei leider keine Ausnahme dar, denn er beschreibt die aktuelle Lage bezüglich der Wahlvorbereitungen und die damit einhergehenden Demonstrationen gegen die Regierung Kabila und bewertet diese.

Blutige Proteste dauern an: Die Bilanz

Am 21. Januar 2018 gab es erneute Demonstrationen¹ von katholischen Laienorganisationen gegen die Regierung Kabila. Auch an diesem Tag gingen die kongolesischen Sicherheitskräfte mit brutaler Gewalt gegen die zumeist friedlichen Demonstranten vor. So kam es abermals zum Schusswaffeneinsatz seitens der Sicherheitskräfte. Die UN-Friedensmission MONUSCO („*Mission de l'Organisation des Nations Unies pour la stabilisation en RD Congo*“), die den Marsch

der Demonstranten in der Hauptstadt beobachtet hat, spricht von mindestens sechs Toten allein in Kinshasa² sowie von 68 Verletzten³ und über 120 Verhaftungen landesweit (darunter wieder viele Geistliche). Wie bereits bei vorangegangenen Demonstrationen hat auch dieses Mal die Regierung das Internet für mehrere Tage „ausgeschaltet“, um sowohl die öffentliche Berichterstattung über die Proteste als auch Absprachen der Demonstranten untereinander via Sozialer Medien zu behindern bzw. zu verhindern. Hier sollte auch Erwähnung finden, dass - neben einer massiven Einschränkung der Meinungsfreiheit durch derartige Eingriffe des Staates in die digitale Infrastruktur – nach Aussage des kongolesischen Wirtschaftsanalytikers Al Kitenge ein volkswirtschaftlicher Schaden von geschätzten 20 Millionen US-Dollar pro Tag entsteht. Und dies vor dem Hintergrund einer ohnehin schon schwachen Wirtschaftskraft des Landes. Trotz des harten Durchgreifens der Sicherheitskräfte (oder gerade vielleicht deshalb?) fanden die Proteste ihre Fortsetzung: Etwa einen Monat später, am 25. Februar

¹ Die erste, von katholischen Gruppen organisierte Demonstration, fand am 31. Dezember 2017 statt und wurde ebenfalls durch kongolesische Sicherheitskräfte blutig niedergeschlagen (mehr dazu siehe KAS-Länderbericht DR Kongo von Januar 2018). Auch dieses Mal wurden die Demonstrationen aus Gründen der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ im Vorfeld verboten. Zudem erklärte der Provinzgouverneur von Kinshasa, die Initiatoren der Protestmärsche hätten diese persönlich bei ihm anmelden müssen - und sich stattdessen nicht durch ihre Anwälte vertreten lassen dürfen. Unerwähnt ließ er allerdings, dass gegen die Vertreter der katholischen Laienorganisationen ein Haftbefehl ausgestellt wurde und diese im Falle des Erscheinens beim Treffen, verhaftet worden wären.

² Besonders erwähnenswert ist, dass die Familie der im Zuge der friedlichen Proteste auf dem Gelände einer Pfarrei in Kinshasa am 21. Januar 2018 getöteten 24-jährigen Thérèse Déchade Kapangala, Anklage wegen Mordes gegen den Polizeipräsidenten von Kinshasa und den ihm unterstellten Sicherheitskräften gestellt hat. Auch wenn im Land - aufgrund mangelhafter oder gar nicht vorhandener rechtsstaatlicher Prinzipien - üblicherweise derartige Klagen nicht zum Erfolg führen, so zeigt sich doch die Bereitschaft der Bevölkerung, sich auch auf juristischem Wege zur Wehr zu setzen.

³ Die CENCO („*Conseil des Eglises National au Congo*“) spricht sogar von 127 Verletzten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR KONGO

GREGOR JAECKE

März 2018

www.kas.de/kongo

2018, wurden bei erneuten landesweiten Protesten gegen Präsident Joseph Kabila mindestens zwei Menschen getötet. Ein Demonstrant kam nach Angaben der UN und der Katholischen Kirche in der Hauptstadt Kinshasa ums Leben, ein weiterer starb in Mbandaka im Nordwesten des Landes (nach anfänglichen Regierungsangaben gab es keine Toten⁴). Zudem wurden 47 Menschen verletzt und etwa 100 weitere verhaftet. Wie schon bei den vorausgegangenen Demonstrationen, lösten die Sicherheitskräfte die (im Vorfeld verbotenen) Proteste umgehend gewaltsam auf.⁵

Pressekonferenz des Präsidenten: Viele Fragen bleiben offen

Bereits zwei Tage nach der blutigen Niederschlagung der friedlichen Proteste vom 21. Januar erklärte die kongolesische Ministerin für Menschenrechte (!), dass die Kirche nicht dafür da sei, politisch Partei zu ergreifen – das Recht auf Versammlungsfreiheit

⁴ Die Regierung hat im Vorfeld der Demonstrationen die Devise „Keine Toten bei dieser Demo“ ausgerufen und wollte diese Aussage – auch entgegen der Realität – zunächst aufrechterhalten. Demgegenüber stand dann allerdings im Widerspruch, dass nach den Protesten am 25. Februar 2018 ein Polizist verhaftet wurde, da er einen Demonstranten (den 35-jährigen Demokratie-Aktivistin Rosy Mukendi) durch die Verwendung scharfer Munition getötet haben soll. Die MONUSCO kündigte am 28. Februar 2018 an, eine offizielle Untersuchung zum Tod Mukendis in die Wege zu leiten. Denn: Verletzungen von Menschenrechten aufzuklären sei Bestandteil des vom UN-Sicherheitsrates verliehenen Mandates. Außerdem wird von Augenzeugen in Frage gestellt, ob es sich bei dem verhafteten Polizisten (mit niedrigem Dienstgrad) wirklich um den wahren Täter handelt oder nur um einen Sündenbock. In den sozialen Netzwerken verbreitete sich schnell ein Foto, das den auf einer Trage liegenden, schwer verletzten, Mukendi zeigen soll. Die Polizei sprach von einer Diskreditierungsaktion gegen sie und kündigte an, gegen diejenigen hart vorzugehen, die solche Fotos verbreiten.

⁵ Eine Zusammenkunft von ca. 200 Personen der Jugendorganisation der Regierungspartei PPRD (Volkspartei für Wiederaufbau und Demokratie) vor der Kathedrale Notre Dame in Kinshasa wurde von der Polizei allerdings nicht aufgelöst, obwohl ein Versammlungsverbot bei mehr als fünf Personen bestand. CENCO-Generalsekretär Donatien Nshole bezeichnete diese Einschüchterungs-Aktion seitens der Regierung als „Provokation“.

sei zwar durch die kongolesische Verfassung garantiert, dennoch müsse die öffentliche Ordnung gewahrt bleiben.⁶ Am 26. Januar des Jahres sah sich der Präsident des Landes höchstpersönlich genötigt, in Form einer Pressekonferenz zu den Ereignissen am 31. Dezember 2017 und 21. Januar 2018 Stellung zu beziehen. Besonders bemerkenswert hierbei, dass es sich um die erste Pressekonferenz seit fünf Jahren (innerhalb seiner bisherigen 17-jährigen Amtszeit) handelte. Kabila reagierte wie gewohnt angriffslustig und selbstbewusst, in dem er die (friedlichen) Demonstranten als „Brandstifter“ bezeichnete und ihnen Attacken auf die Sicherheitskräfte vorwarf. Kein Wort verlor der Präsident zu der übertriebenen Härte seiner Sicherheitskräfte und den daraus resultierenden zahlreichen toten und verletzten Landsleuten. Er sprach lediglich den Familien der Opfer sein Beileid aus. Ferner ermahnte er die Katholische Kirche, sich aus der Tagespolitik herauszuhalten.⁷ Die Reaktion der Kirche erfolgte prompt: CENCO-Sprecher Donatien Nshole betonte, die Kirche habe die Pflicht, sich dann einzumischen, wenn das Volk leide. Der kongolesische Kardinal Laurent Monsengwo verschärfte sogar seine regierungskritischen Äußerungen, in dem er in einer viel beachteten schriftlichen Erklärung davon sprach, dass die Kongolesen „in einem Gefängnis mit offenem Himmel“ leben würden. Besonders bemerkenswert war die Tatsache, dass der Präsident im Laufe der besagten Pressekonferenz die hohen Kosten der Wahl unterstrich (seinen Angaben zufolge 1.2 Milliarden US-Dollar) und in diesem Zusammenhang die Frage aufwarf, ob dieses Geld für die Entwicklung des Landes (Bildung, Infrastruktur, etc.) nicht besser aufgehoben wäre. Eine solche Aussage ist umso bedeutender, da der finanzielle Aspekt bzgl. der Durchführung von Wahlen (neben sicher-

⁶ Die betreffende Ministerin wiederholte ihre Aussagen Ende Februar 2018 vor dem UN-Menschenrechtsrat, indem sie erklärte, die Demonstranten würden die öffentliche Ordnung im Land gefährden.

⁷ Wörtliches Zitat des Präsidenten: „Jesus Christus hat auch nie eine Wahlkommission geleitet“.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR KONGO

GREGOR JAECKE

März 2018

www.kas.de/kongo

heitstechnischen⁸ und organisatorisch-logistischen Hürden) nicht selten von Regierungsseite als Grund für eine mögliche (und erneute!) Verschiebung der Wahlen aufgeführt wird. Auch war es Kabila besonders wichtig darzulegen, dass freie und demokratische Wahlen ausschließlich von Kongolese durchgeführt werden sollten, ohne Einmischung dritter Staaten. Ob er damit nur die (selbstverständliche) Souveränität seines Volkes hinsichtlich des Wahlaktes meinte, oder finanzielle Unterstützung durch die Internationale Staatengemeinschaft generell ablehnt, wurde in seinen Ausführungen nicht deutlich.⁹ Zudem kam ein alt bekanntes Ablenkungsmanöver von Regierungen mit schlechter Regierungsführung zu Tage: Schuld an der Misere des Landes haben immer andere – vor allem die Internationale Staatengemeinschaft. So kritisierte Kabila die MONUSCO in Bezug auf ausbleibende Erfolge im Kampf gegen Rebellen und unterstellte den Vereinten Nationen indirekt, dass diese versuchen würden, sein Land „unter Vormundschaft der UN“ zu stellen. Auffällig unkonkret in seinen Antworten wurde der Präsident, als im Anschluss seiner Ausführungen, Journalisten die Möglichkeit gegeben wurde, sich direkt mit Fragen an das Staatsoberhaupt zu wenden: Dies betraf zum einen die Frage nach einem von ihm möglicherweise geplanten Referendum zur Verlängerung seiner Amtszeit („findet sich nicht im Wahlkalender der Wahlkommission“), als auch die konkrete Frage, ob er definitiv nicht für eine dritte Amtszeit zur Verfügung stehen würde („man überreiche dem Fragesteller eine kongolesische Verfassung, in dieser steht alles drin“). Fazit: es wurde - wie so oft - auch an diesem Tage viel geredet, aber klare Aussagen konse-

⁸ Im Osten des Landes gehen derweil die Kämpfe zwischen verschiedenen Rebellen Gruppen und der kongolesischen Armee weiter. In der nordöstlichen Provinz Ituri wurden Anfang März 49 Zivilisten von einer Milizengruppe getötet.

⁹ Internationale Experten sind sich darüber einig, dass Wahlen ohne massive finanzielle Unterstützung anderer Staaten nicht stattfinden können. Die Demokratische Republik Kongo verfügt schlichtweg nicht über ausreichend Geld, um Wahlen ausschließlich mit eigenen finanziellen Mitteln zu bestreiten.

quent vermieden. Es lässt sich der Eindruck nicht verwehren, dass die Regierung sich alle Türen offen halten möchte, was die geplante Durchführung der Wahlen am 23. Dezember 2018 betrifft. Das bekannte Spiel auf Zeit scheint seine Fortsetzung zu finden.

Unterstützung der Regierung von Seiten anderer afrikanischer Staatschefs, aber für wie lange noch?

Auch wenn folglich weiter der ernsthafte politische Wille zur Durchführung von Wahlen angezweifelt werden kann, so beherrscht die Regierung die Kunst, sich medial wirkungsvoll in Szene zu setzen: so kam es am 14. Februar 2018 zu einem Treffen der drei Staatsoberhäupter João Lourenço, Denis Sassou Nguesso und Joseph Kabila, die jeweils amtierenden Präsidenten aus Angola, der Republik Kongo und der Demokratischen Republik Kongo. Die beiden Staatschefs der Nachbarländer versprachen Kabila ihre volle Unterstützung bei der Vorbereitung der Wahlen und bescheinigten ihm diesbezüglich bisher gute Arbeit geleistet zu haben. In der Abschlusserklärung des Troika-Treffens findet sich kein Wort zu der Welle der Gewalt gegenüber friedlichen Demonstranten, hingegen wird erklärt, man müsse sich mit aller Kraft gegen die Feinde der kongolesischen Verfassung zur Wehr setzen. Folglich kann diese Zusammenkunft aus Sicht des kongolesischen Präsidenten als Erfolg gewertet werden. Nur wenige Tage später brach der kongolesische Präsident im Rahmen seiner „Charmeoffensive“ ins Nachbarland Sambia auf, um sich dort mit dem amtierenden Präsidenten Edgar Lungu zu treffen. Auch wenn es offiziell um sicherheitspolitische Themen ging, so kann der Besuch dennoch als Rückendeckung für Kabila verstanden werden. Darüber hinaus richtete der Präsident ein Einladungsschreiben an UN-Generalsekretär Antonio Guterres und den Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, Moussa Faki: beide mögen in den nächsten Wochen zusammen nach Kinshasa reisen, um sich vor Ort persönlich über die laufenden Wahlvorbereitungen zu informieren.

Abgesehen von diesen geschickten diplomatischen Manövern, richten sich nun alle Bli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR KONGO

GREGOR JAECKE

März 2018

www.kas.de/kongo

cke nach Südafrika: Es bleibt abzuwarten, wie sich der zukünftige starke Mann Südafrikas, Cyril Ramaphosa, gegenüber dem Regime Kabila verhält, denn ohne Zweifel ist Südafrika ein entscheidender politischer und wirtschaftlicher Machtfaktor auf dem afrikanischen Kontinent und wäre daher (wenn es denn gewollt wäre) in der Lage, starken politischen Druck auf die Regierung Kabila auszuüben.¹⁰ Interessant, dass bereits wenige Tage nach dem Rücktritt Zumas, sich als erstes afrikanisches Land Botswana (einer der stabilsten Demokratien des afrikanischen Kontinents) aus der „Deckung gewagt hat“ und offen die kongolesische Regierung scharf kritisiert hat, in dem der Außenminister erklärte, die katastrophale humanitäre Situation im Kongo liege allein daran, dass Präsident Kabila den Wahltermin hinauszögere und die Kontrolle über die Sicherheit im Land verloren habe. Ungewohnt harte Worte von Seiten eines afrikanischen Staates. Verbunden wurden die getätigten Aussagen mit der Aufforderung an den Präsidenten zurückzutreten. Die Internationale Staatengemeinschaft solle zudem ihren Druck auf die Machthaber in Kinshasa erhöhen, so der botswanische Außenminister. Nun stellt sich die Frage, ob sich „der Wind wirklich dreht“ und entsprechend weitere afrikanische Staaten dem Appell folgen werden, oder sich doch eher aus eigenen (persönlichen) machtpolitischen Interessen - wie bisher - weiter passiv verhalten oder gar das Regime Kabila stützen werden.

Abschluss der Wählerregistrierung und Einsatz von elektronischen Wahlmaschinen

Am 31. Januar des Jahres erklärte die „unabhängige“ Wahlkommission CENI, dass die Wählerregistrierung im gesamten Land abgeschlossen sei.¹¹ Nun gehe es mit einer

¹⁰ Das Verhältnis zwischen dem kürzlich zurückgetretenen südafrikanischen Staatschef Jacob Zuma und Joseph Kabila galt als eng. Kritiker behaupten, dass dabei (persönliche) wirtschaftliche Interessen der beiden Politiker eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben könnten.

¹¹ Die Wählerregistrierung fand ihren Abschluss in den politisch unruhigen Kasai-Provinzen. Nach CENI-Angaben sind nun 46.057.894

wichtigen Phase der Wahlvorbereitung in die nächste Runde: Die finanzielle Planung, zusätzliche organisatorische Maßnahmen sowie das Aufstellungsverfahren der Kandidaten. Bezüglich letzteren Punktes ließ Regierungssprecher Lambert Mende Anfang Februar 2018 verlautbaren, dass der Präsident für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung stehe und die Regierungspartei einen geeigneten Kandidaten für das Präsidentenamt im Juli des Jahres bestimmen werde.¹² Zu den gerade erwähnten weiteren organisatorischen Maßnahmen gehört, neben der Korrektur von Doppelintragungen im Wählerverzeichnis, der im Kongo erstmalige Einsatz elektronischer Wahlmaschinen¹³, ohne deren Unterstützung, nach CENI-Angaben, die Wahlen nicht „bereits“ Ende Dezember 2018, sondern frühestens im Juli 2019 (!) durchgeführt werden könnten.¹⁴ Die Opposition im Land lehnt weitestgehend die Verwendung von Wahlmaschinen ab, auch die Vereinigten Staaten machen aus ihren Vorbehalten keinen Hehl: In einer derart politisch sensiblen Phase, in der sich das Land derzeit befinde, dürfe man nicht mit unbe-

Wähler (darunter 52 Prozent Männer und 48 Prozent Frauen) registriert.

¹² Es stellt sich natürlich berechtigter Weise die Frage, warum der Präsident eine eindeutige Aussage bzgl. seiner politischen Zukunft im Rahmen seiner eigenen Pressekonferenz ausdrücklich vermied.

¹³ Die Wahlmaschinen wurden in Südkorea hergestellt und können ausschließlich in französischer Sprache bedient werden. Diese Tatsache ist nicht ganz unproblematisch, da es in der Demokratischen Republik Kongo vier weitere Amtssprachen gibt und darüber hinaus auch viele Kongolesen gar nicht lesen und schreiben können. Insgesamt sollen im gesamten Land ca. 60.000 Wahlmaschinen zum Einsatz kommen, die von etwa 600.000 bis 650.000 Wahlhelfern bedient werden sollen.

¹⁴ Der Vorsitzende der „unabhängigen“ Wahlkommission, Corneille Nangaa, begründete den aus seiner Sicht notwendigen Einsatz von elektronischen Wahlmaschinen nicht nur mit zeitlichen Aspekten, sondern auch damit, dass „man eine Menge Papier sparen“ würde und damit die Wahlen auch kostengünstiger werden. Von der Internationalen Staatengemeinschaft erwarte er - anstelle negativer Reaktionen - vielmehr ein positives Echo, welches die zahlreichen Bemühungen der „unabhängigen“ Wahlkommission, einen ordentlichen Wahlprozess zu organisieren, widerspiegeln würde. Man habe darüber hinaus die Unabhängigkeit seiner Organisation zu respektieren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR KONGO

GREGOR JAECKE

März 2018

www.kas.de/kongo

kannten Technologien experimentieren, sondern stattdessen eine transparente und für alle nachvollziehbare Wahl mit Papierstimmzetteln durchführen. Es müsse alles vermieden werden, was die Glaubwürdigkeit der Wahlen in Frage stelle, so die US-amerikanische UN-Botschafterin Nikki Haley.¹⁵ Die französische Regierung forderte zumindest eine ausführliche Untersuchung darüber, inwieweit der Einsatz von elektronischen Wahlmaschinen wirklich sinnvoll ist.

Verhalten der Internationalen Staatengemeinschaft und Krise mit Belgien

Während der UN-Sicherheitsrat Mitte Januar 2018 lediglich zum wiederholten Male die Anwendung von Gewalt seitens der Sicherheitskräfte gegenüber friedlichen Demonstranten im Land verurteilte und darauf hinwies, man möge das Recht auf freie Meinungsäußerung respektieren, so drohte anhand einer Resolution das EU-Parlament am 18. Januar 2018 der kongolesischen Regierung damit, Hilfszahlungen an die Demokratische Republik Kongo einzustellen. Diese Drohung hat bisher allerdings nur die ehemalige Kolonialmacht Belgien konkret umgesetzt, in dem Gelder in Höhe von 25 Millionen Euro für den Kongo gestrichen wurden und sich damit die belgischen Geldzahlungen jetzt nur mehr auf humanitäre Hilfen beziehen. Die kongolesische Regierung reagierte hochgradig gereizt auf die getroffene Maßnahme und veranlasste - quasi über Nacht - die Schließung des „Haus Schengen“ in Kinshasa, die von den Belgiern für 17 EU-Mitgliedsstaaten geleitete Visa-Ausstellungsbehörde für Kongolesen, die in Schengen-Staaten reisen möchten.¹⁶ Des

¹⁵ Die Menschenrechtsorganisation „*Human Rights Watch*“ drückte sich diesbezüglich weniger diplomatisch aus, in dem sie behauptete, dass die Verwendung elektronischer Wahlmaschinen ausschließlich dazu diene, die Wahl im Sinne der Regierung zu manipulieren. Zuletzt wurde die elektronische Wahlunterstützung bei der Stimmabgabe in Kenia im vergangenen Jahr angewandt. Hier erhob die Opposition massive Proteste bzgl. eines möglichen Wahlbetrugs.

¹⁶ Leidtragende der Schließung des Haus „Schengen“ sind natürlich in erster Linie die Kongolesen, für die sich das Verfahren zur Visa-Beantragung in Zukunft sehr viel komplizierter darstellen wird. Zudem forderte die

Weiteren wurde die diplomatische Krise der beiden Länder dadurch verschärft, dass die Demokratische Republik Kongo ihre Auslandsvertretung in Antwerpen schließen möchte und im Gegenzug gemäß des Prinzips der Reziprozität die Belgier ihr Konsulat in Lubumbashi bereits geschlossen haben. Bisher scheint eine diplomatische Entspannung nicht in Sicht. Hervorzuheben ist auch die Tatsache, dass die Schweiz und Großbritannien inzwischen Gelder kongolesischer Regierungsmitglieder eingefroren haben.

Katholische Kirche erhält Unterstützung

Die Katholische Kirche steht mit ihren Protesten gegen die Regierung nicht allein da, sondern erhält neben der Jugendbewegung „Lucha“ („*Lutte pour le Changement*“), weiten Teilen der Opposition und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen¹⁷ auch die Unterstützung anderer Glaubensgemeinschaften. Neben den muslimischen Verbänden stellt sich insbesondere die Protestantische Kirche hinter die Protestaktionen. In einem viel beachteten Gottesdienst am 17. Januar 2018, anlässlich des Gedenkens der Ermordung Patrice Lumumbas vor 57 Jahren, ging der protestantische Pastor Francois-David Ekofo in seiner Predigt scharf mit den Regierenden ins Gericht, in dem er die soziale Ungerechtigkeit und das Fehlen rechtsstaatlicher Strukturen im Land anprangerte. Der anwesende Premierminister sowie die ebenfalls dem besagten Gottesdienst beiwohnende First Lady sollen darüber alles andere als erfreut gewesen sein. Pastor Ekofo musste aus Angst um sein Leben daher Anfang Februar das Land verlassen – mit unbekanntem Ziel. Doch seine Worte bleiben in Erinnerung und zeigen, dass die Protestaktionen sich ausweiten und man diese nicht nur auf die Katholische Kirche beschränken kann. Es ist demnach davon auszugehen, dass die Bevölkerung wei-

kongolesische Regierung die belgische Fluglinie „Brussels Airlines“ auf, ihre Flüge in den Kongo von bisher täglich auf nunmehr nur vier Mal die Woche zu reduzieren.

¹⁷ Der Protestaufruf der Katholischen Kirche für die Demonstration am 25. Februar 2018 wurde von 152 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR KONGO

GREGOR JAECKE

März 2018

www.kas.de/kongo

ter auf die Straße gehen und sich damit auch die Spirale der Gewalt weiter drehen wird. Schon allein deshalb, weil sich zunehmend aus den oben erwähnten Gründen das Verhältnis von Sicherheitskräften gegenüber Demonstranten zu Gunsten der Demonstranten verschiebt - und daraus resultiert, dass die Sicherheitskräfte nervöser werden und befürchten müssen, die Lage nicht mehr unter Kontrolle zu bekommen und wiederum verstärkt von Schusswaffen Gebrauch machen werden. Die Katholische Kirche hat zumindest angekündigt, dass sie in naher Zukunft zu neuen friedlichen Demonstrationen aufrufen wird. Demonstrationen, die leider, wie in der Vergangenheit auch, ohne Zweifel abermals in einem Blutbad enden werden.¹⁸

¹⁸ Mit der Titelschlagzeile „Zurück in die Hölle“ widmete sich der britische *Economist* in seiner Ausgabe v. 17. Februar 2018 der politischen Entwicklung in der Demokratischen Republik Kongo und warnte eindringlich vor einem erneuten Krieg mit Millionen von Toten im „Herzen Afrikas“.